

Frank Kuschel
Donnerstag, 19. November 2009

Matschie (SPD) rechtfertigt überhöhte Kommunalabgaben

In der Debatte am 19. November 2009 zur Regierungserklärung der Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) im Thüringer Landtag hat Christoph Matschie (Stellvertretender Ministerpräsident; SPD) die bisherige Kommunalabgabenpolitik der Thüringer Landesregierung verteidigt und einer Kostenentlastung für die Bürger eine Absage erteilt.

Insbesondere sprach sich Matschie für die Beibehaltung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge aus. Eine Abschaffung oder Absenkung der Beiträge, so wie es DIE LINKE fordert, wäre aus Sicht des SPD-Landesvorsitzenden nicht finanzierbar. Der Landeshaushalt würde mit Millionenbeträgen zusätzlich belastet. Matschie war sich nicht zu schade, der LINKEN vorzuwerfen, dass diese sich gegen Bildungsausgaben wendet, weil Beitragsabschaffung und Bildung ja nicht gleichzeitig durch das Land finanzierbar wären. „Wer Beiträge abschaffen will, verhindert die Sanierung von Schulen oder die Einstellung von Lehrern“, so Matschie. DIE LINKE würde den Bürgern Versprechen machen, ohne zu sagen, wer dies finanzieren soll.

„Hier zeigt sich, wie rückwärtsgewandt und kenntnislos die SPD mit der Abwasser- und Straßenausbaubeitragsproblematik umgeht“, erklärt hierzu Frank Kuschel, der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE.

Dieses Beitragssystem aus dem späten 19. Jahrhundert ist nicht mehr geeignet, die Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen.

Entgegen der Behauptung des SPD-Ministers muss eine Beitragsreduzierung und –abschaffung nicht zwingend zu einer finanziellen Mehrbelastung im Landeshaushalt führen.

Um am Abwasserbeitragssystem festzuhalten, hat der Landtag mit CDU-Mehrheit nur wenige Tage vor der Landtagswahl im August 2009 beschlossen, in den nächsten Jahren 1,9 Mrd. EUR an die Zweckverbände zusätzlich zu zahlen. „Etwa 800 Millionen EUR würden jedoch ausreichen, um das Problem der Abwasserbeiträge zu lösen“, erläutert Frank Kuschel und fragt „warum setzt hier nicht die SPD an?“

Zudem müsste geprüft werden, ob es tatsächlich noch nötig ist, weitere 3,5 Mrd. EUR in die Abwassersysteme zu investieren, so wie dies die Verbände und die Landesregierung planen. „Durch die Orientierung auf dezentrale Abwassersysteme im ländlichen Raum könnten mindestens 1,5 Mrd. EUR gespart werden“, rechnet der Linkspolitiker vor. In der Folge könnten Beiträge sinken oder vollständig abgeschafft werden. Herr Matschie hat offenbar bisher auch nicht registriert, dass nach den Vorstellungen der LINKEN und der Bürgerinitiativen die Abwasserinvestitionen künftig über die Gebührenerhebung refinanziert werden sollen. Dies würde die Verbände zu einer wirtschaftlichen Arbeitsweise zwingen. Alle Investitionen würden noch mehr am Kriterium der Notwendigkeit bemessen. Der Landeshaushalt wäre dadurch überhaupt nicht betroffen. Doch Herr Matschie hat eigentlich nur eine Begründung für die ablehnende Haltung der SPD zur Beitragsabschaffung gesucht. „Sein Versuch, hier haushaltsrechtliche Begründungen zu geben, ist aber kläglich an seiner tatsächlichen oder vorgetäuschten Unwissenheit gescheitert“, ist Frank Kuschel überzeugt.

Im Zusammenhang mit den Straßenausbaubeiträgen sind die Bedenken von Herrn Matschie durchaus diskussionswürdig, jedoch auch nur dann, wenn man die von der LINKEN angebotenen Lösungen einfach nicht zur Kenntnis nimmt. „Ein Vorschlag der LINKEN ist, anstelle der Straßenausbaubeiträge eine zusätzliche Grundsteuer in den Gemeinden zu erheben“, erläutert Frank Kuschel. Auch dies würde das Land nicht finanziell in die Pflicht nehmen. Die Bürger hingegen würden insgesamt entlastet. Perspektivisch müssen die Gemeinden am Aufkommen der Mineralöl- und/oder KFZ-Steuer beteiligt werden, so dass die kommunalen Straßen, so wie auch der Ausbau der Landes- und Bundesstraßen steuerfinanziert werden. Hier könnte die SPD wirken, wenn sie es denn politisch wollte. „Doch dieser politische Wille ist gegenwärtig nicht erkennbar, leider“, so Kuschel abschließend.

Frank Kuschel